

SÜDAFRIKA

Nationaler Notstand

In keinem anderen Land der Welt leben so viele HIV-infizierte Menschen wie in Südafrika: fast sechs Millionen sind es laut Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation, damit ist fast jeder achte Bürger davon betroffen. Die Krankheit schwächt auch das politische Establishment des Landes, stellt nun eine Studie des südafrikanischen Instituts für Demokratie fest. Zwischen 2001 und 2007 seien in den Provinzen des Landes 285 Bezirksräte gestorben, davon 70 Prozent an Aids. Die meisten Todesfälle entfielen auf die 22- bis 49-Jährigen, die durchschnittliche Lebens-



Graffiti in Johannesburg

erwartung der Bezirksräte liege bei nur 51 Jahren. Die junge Demokratie in Südafrika stehe vor einer großen Herausforderung, wenn es nicht gelinge, erfahrenes, ausgebildetes Personal im politischen System zu halten, heißt es in der Studie. Justin Steyn, einer der Autoren der Untersuchung, zweifelt jedoch am politischen Willen zur Veränderung: „Die meisten Politiker haben Angst, mit ihrer Krankheit offen umzugehen, da ihre Wahlergebnisse darunter leiden könnten.“ 2002 war zum Beispiel Peter Mokaba, ein Vorstandsmitglied des Afrikanischen Nationalkongresses, ANC, vermutlich an Aids gestorben. Er hatte für Aufsehen gesorgt, indem er behauptete, das Virus existiere nicht und Medikamente seien „giftig“. Auch sieben Jahre später gibt es in Südafrika keine ernsthafte Aids-Prävention: Die im vergangenen September entlassene Gesundheitsministerin empfahl gegen die Krankheit Knoblauch und Rote Bete. Laut Steyn rafft die Krankheit nicht nur Politiker, sondern auch die Wähler dahin: Jeden Monat sterben 28 000 Wahlberechtigte an Aids, daher müsse man das Problem endlich wie einen „nationalen Notstand“ behandeln.



Putin, Medwedew mit Militärs

RUSSLAND

„Fälschung befohlen“

Der St. Petersburg Jungpolitiker Anton Tschumatschenko, 23, Mitglied der Putin-Partei „Einiges Russland“, über Wahlbetrug in seiner Heimatstadt

SPIEGEL: Warum wollen Sie Ihr Mandat zurückgeben, das Sie bei der Kommunalwahl Anfang März errungen haben?

Tschumatschenko: Weil ich meine politische Karriere nicht mit einer Wahlfälschung beginnen möchte. Ich hoffe, dass vor Gericht das echte Ergebnis anerkannt wird und die Fälscher bestraft werden.

SPIEGEL: Wie haben Sie den Betrug bemerkt?

Tschumatschenko: Die 20 000 Wähler in meinem Wahlkreis konnten sich zwischen 20 Kandidaten entscheiden, nur 5 kamen ins Bezirksparlament. Andere Kandidaten und ich waren Wahlbeobachter und erhielten am Abend Kopien des vorläufigen Abstimmungsergebnisses. Da war ich auf Platz sechs.

SPIEGEL: Sie waren also gescheitert.

Tschumatschenko: Da es mein erster Wahlkampf war, freute ich mich trotzdem, als ob ich gewonnen hätte. Umso überraschter war ich, als mich das amtliche Wahlergebnis zwei Wochen später auf Platz fünf setzte und ein Oppositionspolitiker, der mehr Stimmen hatte, durchfiel. Eine dreiste Verletzung der Gesetze und des Wahlrechts.

SPIEGEL: Wer hat gefälscht?

Tschumatschenko: Die Bezirksregierung hat die Fälschung befohlen, sie hat Stimmzettel

und Wahlprotokolle vernichtet, als die gerichtliche Untersuchung anfang.

SPIEGEL: Was passierte mit den Stimmzetteln?

Tschumatschenko: Angeblich ein Wasserschaden. Offenkundig haben wir in St. Petersburg sehr intelligente Rohre. Sie wissen, wann und wo sie platzen müssen.

SPIEGEL: Ist diese Wahlfälschung ein Einzelfall oder ein landesweites Phänomen? Bei der Parlamentswahl im Dezember 2007 wurde in einigen Wahlbezirken eine Beteiligung von mehr als 99 Prozent gemeldet.

Tschumatschenko: Ich kann nur über das reden, was ich selbst erlebt habe. Meine politischen Freunde bei „Einiges Russland“ und ich wollen einen Präzedenzfall schaffen, ein Beispiel für die anderen Regionen. Wir brauchen eine Verbesserung unseres Wahlsystems, damit sich Manipulationen nicht wiederholen.

SPIEGEL: Was fordern Sie?

Tschumatschenko: In unserem Fall gehörten der Wahlkommission nur Leute an, die eng mit der Bezirksregierung verbunden sind. Es darf kein Monopol der Macht geben, bei dem eine Gruppe vom Wahlkampf bis zur Auszählung alles bestimmt.

SPIEGEL: Vertrauen Sie trotzdem Ihrem Parteiführer Wladimir Putin und Präsident Dmitrij Medwedew?

Tschumatschenko: Ja. Sie haben Russlands Gewicht in der Welt erhöht und bauen einen Rechtsstaat auf. Das geht aber nicht, wenn wir weiter Gesetze verletzen.



Tschumatschenko

ALEXEJ TUSCHYKOW